



Stellungnahme
zum Soesterberg-Brief
„Wirtschaft im Dienst des Lebens“

Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern

12.07.2005

Stellungnahme zum Soesterberg-Brief

Der Landeskirchenrat (LKR) der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) hat im Juli 2004 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um eine Antwort zu formulieren auf die Fragen des so genannten „Soesterberg-Brief – Wirtschaft im Dienst des Lebens“. Der Soesterberg-Brief an die Kirchen in Westeuropa ist das Ergebnis der ökumenischen Konsultation zur Wirtschaft im Dienst des Lebens, die vom 15. bis 19. Juni 2002 in Soesterberg (Niederlande) stattfand. Die Konsultation ist Teil eines weltweiten ökumenischen Prozesses, in dem die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Lutherischen Weltbundes (LWB) und des Reformierten Weltbundes (RWB) gemeinsam die durch die ökonomische Globalisierung gestellten Herausforderungen in ihren Auswirkungen auf das Leben von Menschen und Mitwelt beraten und auf sie antworten.

Die Antworten auf die Einzelfragen des Soesterberg-Briefes sind – als Ergebnis der Arbeitsgruppe, das der LKR ausführlich diskutiert hat – im Teil 2 dieses Textes dokumentiert. In Teil 1 werden durch die Fachabteilung die theologischen und ökonomischen Fragestellungen dargestellt. In Teil 3 werden schließlich konkrete Selbstverpflichtungen zu den im Soesterberg-Brief genannten Themenfeldern formuliert, die sich der LKR zueigen gemacht hat. Die Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen vom November 2004 ist dabei in Formulierungen des vorliegenden Textes eingeflossen.

1. Hinführung

1.1 Die theologische Fragestellung

Viele Kirchen in den Ländern des Südens und zunehmend auch in Osteuropa, u. a. unsere Partnerkirchen in Afrika, Asien und in Lateinamerika, aber auch Menschen und Gruppen in unserer Kirche und Gesellschaft fragen angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten und ökologischer Zerstörungen: Was sind die Gründe, dass sich die Gegensätze zwischen gesellschaftlich und wirtschaftlich Ausgegrenzten und denjenigen, die aus dem wirtschaftlichen Wachstum Nutzen ziehen und zum Teil extremen Reichtum anhäufen, vertiefen? Sie machen uns mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam: Wir sind als weltweite Gemeinschaft christlicher Kirchen herausgefordert, wenn unsere Geschwister im Glauben von menschenwürdigen Lebensbedingungen ausgeschlossen sind.

„Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit“, sagt der Apostel Paulus im Blick auf die Einheit der Kirche als Leib Christi (1. Kor. 12,26). Ausgehend von 1. Kor. 12,26 bittet der Soesterberg-Brief uns westeuropäische Kirchen, aus Gründen unseres Glaubens die weltwirtschaftlichen Entwicklungen kritisch zu analysieren und politisch Einfluss zu nehmen, um eine menschengerechte und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Diese Tagung fand statt im Zusammenhang eines gemeinsamen Prozesses der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Lutherischen Weltbundes (LWB), des Reformierten Weltbundes (RWB) sowie der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), der zum Ziel hat, wachsende Verbindlichkeit in Fragen weltweiter Gerechtigkeit zu erzielen.¹ Eine „Glaubenserklärung zur globalen Krise des Lebens“, die 2003 ein Forum der Kirchen des Südens in Buenos Aires verabschiedet hat, nennt in einer zugespitzten Weise Privatisierungen und die Deregulierung der Märkte, legitimiert durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik, als entscheidende Gründe, dass sich in vielen Ländern des Südens die Armut vertieft und die Menschen von jeglicher Entwicklung ausgeschlossen sind.

Da die Heilszusagen Gottes umfassend allen Menschen gelten und wirtschaftliche Verelendung im Widerspruch zum Willen Gottes steht, gehört auch die Frage, inwieweit eine Wirtschaftsform im Dienst des Lebens steht, zum Grundauftrag der Kirche. Deshalb sind wir als Evang.-Luth. Kirche in Bayern unsererseits herausgefordert, zu den in den genannten Dokumenten angesprochenen Fragen der Deregulierung der Märkte und der Politik der Privatisierung Stellung zu nehmen. Differenziert ist nach den vielfältigen Gründen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen und der dramatischen Armut, besonders von Frauen, in vielen Teilen der Welt zu fragen.

Die sichtbaren Folgen der Globalisierung sind vor allem Ergebnis des zunehmend liberalisierten wirtschaftlichen Handelns. Diesem System einer globalisierten Wirtschaft fehlt gegenwärtig eine deutliche politische Einbindung. Dies verlangt nach einer neuen moralischen Grundlegung, die

¹ Beteiligt am weltweiten Prozess sind auch die regionalen Zusammenschlüsse, in Europa also die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), daneben auch viele ökumenische Initiativgruppen. Der Soesterbergbrief ist zugänglich unter www.bayern-evangelisch.de/web/download/gerechte_globalisierung_soesterberg.pdf

über den vagen Vorstellungen einer sozialen Gerechtigkeit als Herstellung von Gleichheit und der Kompensation von Ungleichheit hinausgeht. Diese neue moralische Grundlegung verlangt einen Paradigmenwechsel, eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialetischen Grundkategorien der Freiheit, Gerechtigkeit und der politischen Solidarität. Diese ethischen Grundentscheidungen bestimmen das Verhältnis von Wirtschaft, Mensch und Gesellschaft.

Es gehört zu den besonderen kirchlichen Kompetenzen, diese Dimension eines Menschen- und Gesellschaftsbildes klären zu helfen. So haben sich die Kirchen insbesondere auf die ideellen Grundlagen des wirtschaftlichen Liberalismus zu beziehen, denn – mit den Worten der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 formuliert – es gibt keine Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu Eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürftigen (Barmen II).

Es ist Aufgabe von Kirche, sich in eine vermeintlich „reine Fachdiskussion“ einzumischen. Insbesondere wo die politisch Verantwortlichen betonen, dass die Globalisierung der Märkte keine Alternative lassen, müssen die Kirchen auf Grundlage ihres Bekenntnisses zu Gott, der Recht und Gerechtigkeit schafft und sich in besonderer Weise den Armen und Schwachen zuwendet, kritisch Einspruch erheben. Wenn im Bereich wirtschaftlichen Handelns stets auf Sachzwänge verwiesen wird, besteht offenkundig die Gefahr einer Verabsolutierung bestimmter ökonomischer Strategien, die nicht mehr hinterfragt werden sollen. Demgegenüber müssen die Kirchen ihre Gesichtspunkte für soziales, wirtschaftliches und umweltgerechtes Handeln in zeitgemäßer Neuformulierung ins Gespräch bringen.

1.2 Die ökonomische Fragestellung

Der Zugang zum Markt wird in unserer globalen Gesellschaft immer mehr zum entscheidenden Faktor, durch den Menschen einen Zugang zu und eine Chance auf ein gewisses Maß an Arbeit, Bildung, Einkommen und Lebenssicherung haben und so – in Maßen – ein freies und würdiges Leben führen können. Insofern spielt die ökonomische Dimension der Globalisierung, nämlich die Gestaltung der Marktzugänge und die Regulierung dieser Märkte, eine ganz entscheidende Rolle für Entwicklungschancen. Im Sinne des Nobelpreisträgers Amartya Sen sollte Ökonomie so gestaltet werden, dass sie in erster Linie den Entwicklungschancen aller Menschen und ihrer Freiheit dient; das Kriterium der Profitmaximierung kann dann nur ein nachgeordnetes Kriterium wirtschaftlichen Handelns sein².

Der gegenwärtige Prozess der Globalisierung verursacht GewinnerInnen und VerliererInnen. Für gut ausgebildete Männer und Frauen bietet die Globalisierung Chancen, aber viele Männer, Frauen und Kinder leiden an den Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik, da die Vorteile der wachsenden Weltwirtschaft ungleich verteilt sind. Die Zunahme von sozial unge-

² Amartya Sen, *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München / Wien (Carl Hanser) 2000.

geschützten, flexibilisierten Arbeitsverhältnissen und der Staatsabbau auf Kosten der unbezahlten Fürsorgearbeit betrifft Frauen noch stärker als Männer und wirkt sich als Folge auf ganze Familiensysteme (Nicht-Erwerbsfähige und Kinder) aus. Frauen sind insgesamt negativer von der Globalisierung des freien Marktes betroffen als Männer.

Aus der jeweiligen Perspektive erwachsen unterschiedliche Urteile und Bewertungen über Globalisierung. Es gehört zu den theoretischen Herausforderungen der Globalisierung, diese differentiellen Perspektiven nicht auf eine Einheitsperspektive zurückzuführen, sondern vielmehr nach politisch-ökonomischen Modellen zu suchen, die es ermöglichen, das gemeinsame Gespräch und das gemeinsame Handeln auf der Basis der differentiellen Erfahrungen und Perspektiven zu gestalten. Eine gemeinsame Perspektive lässt sich gegenwärtig auch nicht auf der Basis so genannter wissenschaftlich erhobener Daten herstellen, denn diesen Daten liegt jeweils ein Interesse zugrunde, das bereits bei der Erhebung, aber auch bei der Interpretation zur Geltung kommt und so zu ganz verschiedenen Ergebnissen und Folgerungen führen kann.

Ein Beispiel ist der gemeinsame Prozess von Weltbank und zehn armen Ländern, die im Rahmen eines Strukturanpassungsprogramms unter Beteiligung ihrer Bevölkerung die Strukturanpassung (Structural Adjustment Participatory Review Initiative, kurz: SAPRI) beschließen sollten. Nachdem bei diesem Prozess eine vernichtende Kritik für die Weltbank und ihre Politik drohte, die in den betroffenen Ländern nicht zu ökonomischen Verbesserungen geführt haben, trennten sich Weltbank und die beteiligten Länder und veröffentlichten jeweils einen eigenen Bericht³. Eine Folgerung aus diesem kleinen Beispiel müsste es sein, sich bei der Beurteilung von Globalisierungsvorgängen möglichst basisnahe Informationen zu holen und möglichst mehrere Perspektiven auf einen Prozess zu erheben.

Obwohl Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF) sich seit den 70er Jahren die Armutsbekämpfung auf die Fahnen geschrieben haben, hatte ihre Politik zum Teil desaströse Folgen und hat in manchen Regionen die Verschuldung und die Armut noch verstärkt. Beide Institutionen machen einen Lernprozess durch und suchen heute nach neuen Theorien und Modellen zur Politikberatung und bei der Kreditvergabe und Markt(de)regulierung in den jeweiligen Ländern. Nachdem der Weltmarkt immer weniger Handlungshindernisse aufweist, wird es umso wichtiger, dass auf einer internationalen Ebene die politische Begleitung und Korrektur ökonomischer Projekte auf institutionelle Beine gestellt wird und die demokratische Legitimation dieser Organe gewährleistet wird. Wie schwierig dies angesichts der gegenwärtigen politischen Strukturen ist, zeigt der Bericht von Joseph Stiglitz, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank⁴, Träger des Wirtschaftsnobelpreises und heute führender Kritiker der Globalisierung.

Marktregulierung ist ein zentrales Moment bei der Integration von Ländern in den Weltmarkt (z.B. Russland, China), bei der Entschuldung von Ländern (Argentinien) und bei der Gestaltung

³ Einerseits: Structural Adjustment: The SAPRI Report., London 2004, www.sapriin.org/SAPRI_Findings.pdf – Andererseits: World Bank, Adjustment from Within. www.worldbank.org/research/sapri/WB_SAPRI_Report.pdf

⁴ Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Berlin (Siedler) 2002.

des globalen Marktes überhaupt. Hierbei spielt die Hierarchie der Märkte eine wichtige Rolle. Man unterscheidet grob zwischen Kapital-, Güter- und Arbeitsmarkt, wobei sich eine deutliche Hierarchie zwischen diesen Märkten abzeichnet, die mit der Volatilität, Flexibilität des Kapitals und seiner hohen Renditeerwartung zu tun hat. Mit Geld lässt sich schneller und leichter Geld machen als mit der Produktion von Gütern bzw. Dienstleistungen. Güter bzw. Dienstleistungen lassen sich aber ihrerseits sehr viel leichter auf einem globalen Markt von einem Ort an den anderen verschicken als arbeitende Menschen und Arbeitsplätze. Diese sind in der Hierarchie der Märkte der unflexibelste und am wenigsten renditeträchtige Faktor, weswegen die Löhne weltweit stark unter Druck geraten. Das »entbettete Kapital« macht inzwischen den Großteil des täglich umgesetzten Geldes aus; es ist kaum noch mit einer Güter produzierenden Investition verbunden⁵. Das meiste Kapital wird für freie Spekulationen verwendet, die globalwirtschaftlich gesehen äußerst riskant für einzelne Regionen, aber auch für die Weltwirtschaft sind. Im Zeitraum von Frühjahr 2000 bis Sommer 2002 sind an den Börsen weltweit rund 16 000 Milliarden Euro vernichtet worden, an der der Wall Street allein waren es etwa 8 000 Milliarden Euro – das ist das 40fache der jährlichen deutschen Steuereinnahmen.⁶ Umso wichtiger wird es, diesen globalen Markt zu regulieren und allen Beteiligten ähnliche Zugangsmöglichkeiten zum Markt zu schaffen, damit sie die Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben erhalten. In dem Moment, wo bestimmte Regionen vom Markt abgekoppelt werden, steigen dort die sozialen Probleme, die irgendwann nicht mehr in der Region verbleiben, sondern mit den Menschen migrieren. Afrika hatte Ende der 80er Jahre 2% Anteil am Weltmarkt; 1999 waren es nur noch 0,3 %. Hier wird ein ganzer Kontinent von der Weltgesellschaft abgekoppelt.⁷ Gewalt, Bürgerkriege und Migration sind die Folgen, die für benachbarte Regionen ebenfalls Probleme schaffen.

Die Renditeerwartung hat zum Teil mit stark überzogenen Erfahrungen aus den Boomjahren der New Economy zu tun, als Renditen von 20-30 % realisiert worden sind. Die Kapitalgeber haben noch immer sehr hohe Renditeerwartungen, die zum Teil auch durch entsprechende Ankündigungen der Unternehmensvorstände bedient werden. Doch eine Renditeerwartung von 15 % ist gegenwärtig an Unternehmensstandorten wie Deutschland kaum zu realisieren. Da aber die Unternehmer ihre Kapitalgeber bedienen müssen, geraten die Unternehmen weltweit unter starken Druck und suchen nach Möglichkeiten, die Produktivität zu steigern, was im Wesentlichen über Senkung der Lohnkosten geschieht. Was die Sache in Zeiten der Globalisierung noch einmal komplizierter macht, ist die Tatsache, dass die Arbeitnehmer heute selbst zu einem wenn auch nur sehr kleinen Teil Aktionäre sind und auf diese Weise als Aktionäre profitieren, wo sie als Arbeitnehmer verlieren. Insgesamt betrachtet, spielen die Kleinanleger in den meisten Fonds und Aktiengesellschaften politisch wie ökonomisch jedoch nur eine geringe Rolle.

⁵ »Von den täglich auf den Devisenmärkten gehandelten etwa 1,2 Billionen US-Dollar dienen allenfalls fünf Prozent der Finanzierung von Handelsgeschäften und Direktinvestitionen, der große Rest sind Arbitrage- und Spekulationsgeschäfte zwischen international operierenden Finanzinstituten, die nur sehr mittelbar mit den realen Prozessen der Produktion zu tun haben«; Blätter für deutsche und internationale Politik 08/2002, 1010.

⁶ Robert v. Heusinger /Wolfgang Uchatius, Wer stoppt die Herde? – in: die ZEIT Nr. 32 vom 1. 8. 2002, 17f.

⁷ Oskar Negt, Arbeit und menschliche Würde, Göttingen (Steidl) 2001, 39.

Bezogen auf die Wirtschaft in Deutschland meint Globalisierung einmal den Konkurrenzdruck der anderen Märkte, die insbesondere durch niedrigere Löhne und Arbeitsstandards die heimische Wirtschaft bedrängen; zweitens wird die Volkswirtschaft immer weniger durch nationale, staatliche Mechanismen reguliert, weil ein wichtiger Teil der Regulierungskompetenz an übergeordnete Instanzen, insbesondere die EU abgetreten worden sind; drittens ist die bundesdeutsche Wirtschaft seit 1990 durch hohe Transferzahlungen in den Osten Deutschlands belastet, was große Teile des Sozialprodukts bindet, ohne entsprechend hohe Investitionen, Nachfragen oder Arbeitsplätze zu produzieren. Als ein vierter Faktor wird man hinzuzählen müssen, dass Westdeutschland bis in die 90er Jahre die Umstellung auf den globalen Markt hinausgezögert hat – zunächst, weil man noch genug zu verteilen hatte und gravierende Einschnitte den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten wollte, später, weil man durch die Vereinigung mit der früheren DDR zu sehr gebunden war, als dass man sich dem Problem Globalisierung hätte stellen können. So taucht der Begriff Globalisierung in unseren öffentlichen Debatten in nennenswerter Weise auch erst Mitte der 90er Jahre auf.

Der mit der wirtschaftlichen Globalisierung verknüpfte Umbruchprozess ist mittlerweile auch bei uns angekommen. In unserer Gesellschaft erleben sich Menschen zunehmend ausgegrenzt. Der Skandal der seit Mitte der 1970er Jahre anhaltenden Massenarbeitslosigkeit ist zu einer Generationenerfahrung geworden. Im Gesundheitsbereich, in der Altersversorgung und in der sozialen Absicherung kommt es zu schmerzlichen Einschränkungen. Diese kritischen Entwicklungen hängen *nicht nur* ursächlich mit dem Prozess wirtschaftlicher Globalisierung zusammen, sondern z. B. auch mit der jahrzehntelangen Vernachlässigung des demographischen Faktors und den hohen Produktivitätsfortschritten.

Auch in unserem Land leben viele Menschen in Armut. Gleichzeitig werden arbeitsintensive Produktionsbereiche rund um den Globus verlagert, sodass Menschen mit geringeren Qualifikationen immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Dadurch fühlen sich Mitbürgerinnen und Mitbürger zunehmend existenziell verunsichert. Beinahe täglich berichten Medien über Entscheidungen international tätiger Firmen, Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen und in so genannte Billiglohnländer zu verlagern.

Die Marktliberalen plädieren dafür, dem Markt noch mehr Freiheit einzuräumen, weil dann die Chancen für alle verbessert und damit auch mehr Gerechtigkeit entstünde. Die Marktskeptischen sehen jedoch in einem unregulierten oder wenig regulierten Markt die Gefahr, dass Ungleichheit verschärft und damit gesellschaftliche Exklusion und Gewalt steigen. Bezogen auf Deutschland haben die PISA-Studien gezeigt, dass Bildungschancen ganz wesentlich von der finanziellen Potenz der Eltern abhängen; hier wird Chancengleichheit nicht ermöglicht und wohl auch nicht allein durch Marktmechanismen gefördert werden. Die Armutsberichte der Bundesregierung von 2001 und 2005 zeigen, dass das Problem Armut in Deutschland zunimmt und sich vermutlich durch die Reformen von Hartz IV für manche Gruppen noch verschärfen wird.

Der Markt als Regulationsmechanismus reicht allein nicht aus. Dies zeigen die jüngsten Erfahrungen, aber bereits in den 1920er Jahren wurde einer liberalen Wirtschaftspolitik das Wort geredet. Die direkten und indirekten Folgen dieser Politik führten nach dem 2. Weltkrieg zur Umsetzung der sozialen Marktwirtschaft mit staatlichen Steuerungskomponenten des Marktes. Deshalb müssen auch heute Instanzen gefördert werden, die auch noch andere Rationalitäten als die der Ökonomie berücksichtigen. Es wird eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre sein, solche Instanzen zu etablieren.

2. Die Fragen des Soesterberg-Briefes

Wirtschaftliche Globalisierung ist kein eindeutiger Prozess, das liegt in ihrer Natur. Prinzipiell birgt sie enorme Potentiale für die verschiedenen Volkswirtschaften der Welt. Im Ergebnis verursacht sie aber auch enorme Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung weltweit. Die Gründe dafür sind, wie oben gezeigt, komplex. Schon deren Analyse führt zu sehr unterschiedlichen Bewertungen. Die einen sehen die Gründe für die faktischen Ungerechtigkeiten in der Theorie der global agierenden Wirtschaft selbst, einer Theorie, die im Rückgriff auf liberale ökonomische Modelle häufig als „Neoliberalismus“ bezeichnet wird. Die anderen halten diese Theorie der größtmöglichen Marktorientierung für prinzipiell gut und machen die Gründe für Fehlentwicklungen in den jeweiligen ökonomischen Kontexten aus (etwa die Korruption).

Die Positionen in der ELKB sind ebenfalls nicht einhellig. Erkennbar sind folgende unterschiedliche Tendenzen:

- eine kritische Einschätzung der Globalisierung, die ihre Fehlentwicklungen für so gravierend hält, dass sie schon der Theorie wirtschaftsliberaler Globalisierung nicht grundsätzlich zustimmen kann. Diese Position findet sich bei den vielen fachlich befassen Institutionen in der ELKB (Evangelische Jugend Bayern, Kirchlicher Entwicklungsdienst, Missionswerk, Frauenarbeit usw.) wie auch bei den Weltbünden. Fast durchgängig ist das die Position der Kirchen im Süden und Osten der Welt.
- eine Tendenz, die Ambivalenz der wirtschaftlichen Globalisierung anzuerkennen. Dies ist die generelle Linie der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Mit einem stärker kritischen Unterton versehen findet sich diese Tendenz auch beim Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, beim Männerwerk u.a.
- eine grundsätzlich positive Sicht, die sich in der ELKB ebenfalls vereinzelt findet (z.B. im Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer).

In der vom Landeskirchenrat eingesetzten Arbeitsgruppe (AG) waren alle Positionen vertreten. Die Diskussionen waren daher bisweilen mühsam, es bestand schon in der Analyse der Fakten auf Grund der verschiedenen Tendenzen eine erhebliche Differenz. Die Arbeitsgruppe als Ganze sieht sich nicht in der Lage, den gesamten Text gemeinsam zu tragen.

Methodisch wurden die Antworten auf die Fragen des Soesterberg-Briefes in der Weise erarbeitet, dass ein Mitglied der AG jeweils zu einer Frage des Soesterberg-Briefes eine Antwort erarbeitete, die von einem anderen Mitglied (im Fall der Frage 3 von der Finanzabteilung im Landeskirchenamt) gegengelesen wurde. Das Ergebnis versucht, zu den jeweiligen Fragen unter den Kategorien „Sehen – Urteilen – Handeln“ Konsens und Dissens zu markieren. Dabei wurde versucht, die Argumente der Gegenseite mit einzubeziehen oder diese wenigstens zu benennen.

2.1 Soesterberg-Frage 1

Was bedeutet die Einheit der Kirchen als der eine Leib Christi, was bedeuten Taufe, Abendmahl und Amt im Kontext der ökonomischen Globalisierung? Wie sprechen in diesem Zusammenhang im Laufe des Kirchenjahres Bibellesungen und Liturgien zu uns?

Sehen

Die Arbeitsgruppe ist sich einig darin, dass die Einheit der Kirchen eine der grundlegenden Visionen unserer Kirche ist. Sie ist Motor und Ziel der ökumenischen Bewegung, die den ganzen Erdkreis umfassen will. Insofern beinhaltet das Christentum per se eine globale Dimension, die auch in der Vorstellung des einen Leibes Christi bildhaft zum Ausdruck kommt. Trotz der Unterschiedlichkeit aller Glieder ist doch „einer des andern Glied“, wie Paulus sagt (Röm 12,5). Im globalen Kontext heißt dies, dass Christen aller Länder sich als gleichwertig durch ihren Glauben an den dreieinigen Gott verbunden wissen. Es handelt sich zunächst um eine geistliche Gemeinschaft, die aber die leibliche Dimension nicht ausschließt: „Wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“ (1 Kor 12,26).

In diesem Zusammenhang kommt auch der Feier des Abendmahls besondere Bedeutung zu: Sie erinnert in besonderer Weise an die (auch weltweite!) Gemeinschaft aller Christen, die ihren Grund in der Gemeinschaft mit Jesus Christus hat, an dessen Tisch wir Gäste sind. Auf diesem Hintergrund sehen wir mit Sorge, dass die weltweit bestehenden ökonomischen Unterschiede insgesamt nicht abnehmen, sondern zunehmen. Die Arbeit an der Einheit der Kirchen muss dies kritisch in den Blick nehmen.

Ständiger Ausdruck der Gemeinschaft aller Christen ist das weltweite Gebet. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland weist darauf hin, dass insbesondere das Vater Unser, das rund um den Globus gebetet wird, diese globale Dimension verwirklicht.

Urteilen

Dem Ziel der Einheit der Kirchen entspricht schon jetzt die Pflege zahlreicher Partnerschaften rund um den Globus. Darüber hinaus stehen Christen durch ihre Taufe aber grundsätzlich in der Verantwortung, ihre Berufung im Sinne des Priestertums aller Gläubigen in der Gesellschaft, also auch im wirtschaftlichen Leben, wahrzunehmen. Martin Luther hat diesen Gedanken ausgeführt, indem er den Anspruch einer Sondermoral für den geistlichen Stand ablehnt hat und stattdessen fordert, dass jeder Christ in je seinem Umfeld seiner Berufung auch in Fragen der Lebensführung gerecht werden soll.

Die durch Taufe und Abendmahl begründete geistliche Gemeinschaft zielt daher gleichwohl auf Entsprechung im Umgang mit weltlichen Gütern (vgl. 1 Kor 11,17-22): „Die Christen können nicht das Brot am Tisch des Herrn teilen, ohne auch das tägliche Brot zu teilen“ (Ziff. 101). Die

in der christlichen Sozialethik geforderte „Option für die Armen“ ist u.a. hier begründet. Sie sucht auch in den realen politischen Verhältnissen das, was „die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt“. Zusammenfassend ergibt sich damit der Auftrag, Verantwortung für unseren Nächsten in aller Welt wahrzunehmen. Gerade das reformatorische Verständnis von Gerechtigkeit beauftragt uns, entsprechend der uns von Gott geschenkte Gerechtigkeit auch unseren Mitmenschen Gerechtigkeit durch unser eigenes Handeln zuteil werden zu lassen.

Handeln

Verstanden als „Global Prayer“ beteiligt sich Kirche schon jetzt durch das weltweite Gebet auf ihre eigene Weise an der Gestaltung von Globalisierung, ohne den oben beschriebenen Zusammenhang zwischen geistlicher und weltlicher Dimension christlichen Glaubens zu verkennen. Durch das fürbittende Gebet wird die Situation der jeweils Anderen ernst genommen. Gleichzeitig wird benannt, dass die Macht zur Veränderung der Welt letztlich bei Gott zu suchen ist, der sie gleichwohl auch durch menschliches Handeln ausüben kann.

Die Arbeitsgruppe ist sich darüber hinaus aber einig, dass die geistliche Einheit grundsätzlich auch eine politische und wirtschaftliche Dimension hat. Unterschiedliche Meinungen bestehen innerhalb der Arbeitsgruppe aber darüber, ob und inwieweit daraus und aus weiteren biblischen Befunden bereits eine bestimmte politische Strategie abgeleitet werden kann: Während Einige bereits an dieser Stellen ganz konkrete Folgerungen für unser politisches Engagement ziehen, sehen Andere diese konkreten Schlussfolgerungen noch nicht direkt durch die theologischen Grundaussagen gegeben.

Einig ist sich die Arbeitsgruppe aber wieder darin, dass eine wie auch immer geartete ideologische Aufladung des Begriffes „Globalisierung“ nicht weiter führt und daher an einem sachlichen Umgang mit dem Begriff gelegen sein muss. Es geht nicht darum, die Globalisierung abzuschaffen oder rückgängig zu machen, sondern sie „verantwortlich zu gestalten“ (Synode der EKD, 2001).

2.2 Soesterberg-Frage 2

Warum machen unsere Kirchen die Armut zum Thema, zögern jedoch, sich mit Reichtum und Wohlstand auseinanderzusetzen?

Sehen

Die Kirchen diagnostizierten bereits 1997 ein Klima zunehmender Entsolidarisierung und sahen darin „eine große Herausforderung“ („Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ – Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997). Insgesamt hat sich die Verteilungsschiefelage in den letzten dreißig Jahren in einem starken Maße zugespitzt: 1973 lebten in Deutschland 6,5 Prozent der Haushalte in „relativer Armut“, hatten also ein Einkommen von unter 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens aller deutschen Haushalte. Bis 1998 stieg dieser Anteil auf 10,9 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Deutschland hat sich in den vergangenen 40 Jahren verfünffacht. 2002 erhielten 2,76 Millionen Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt. Das entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 3,3 Prozent. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Haushalte, die als „relativ reich“ gelten, mehr als verfünffacht. Für 1998 gilt: Das obere Drittel der privaten Haushalte hat mit einem Anteil von 59 Prozent der gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland mehr als die beiden unteren Drittel zusammen, auf die nur 41 Prozent entfallen. Dramatisch verlief die Entwicklung für die einkommensärmsten Haushalte: Das unterste Zehntel büßte in 25 Jahren 13 Prozent, das zweite immer noch 6,8 Prozent seines Einkommensanteils ein. Zwanzig Prozent der westdeutschen Haushalte, das sind über 13 Millionen Menschen, rutschen also immer weiter weg von der durchschnittlichen Einkommensausstattung.

Urteilen

Grund eines jeden kirchlichen Handelns und jeder kirchlichen Position ist das Evangelium von Jesus Christus. Gerade das Thema Armut und Reichtum nimmt in der Verkündigung Jesu und der Urgemeinde eine zentrale Stellung ein, fast immer in einem scharfen Dualismus: irdische Armut kann vor Gott zu Reichtum werden, irdischer Reichtum dagegen kann den Weg zu Gott versperren. Dabei geht es im Neuen Testament weniger um die Ursachen von Armut und Reichtum, sondern um deren Folgen für die Lebens stiftende Beziehung des Menschen zu Gott und zum Mitmenschen. Daraus leitet sich in allen Epochen das kirchliche Engagement für die Armen ab, ob in karitativer Symptombehandlung oder in kritischer Ursachenforschung.

Weniger ausgeprägt war in der Kirchengeschichte häufig die kritische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Reichtum. Dies lag sicher nicht zuletzt daran, dass die Kirchen finanziell oft abhängig waren von Staat, Mäzenen, Gönnern - oder eben Kirchensteuerzahlern. Kleine Kirchen wie die Waldenser oder vom Staat weitgehend getrennte Kirchen wie die in Frankreich haben meist eine sehr viel kritischere Position gegenüber den „Habenden“.

Innerhalb der EKD war das „Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ von 1997, das gemeinsam mit der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben wurde, ein wichtiger Schritt zu einer deutlichen sozialen Position. Eine zentrale These des „Wortes“ ist die Sozialpflicht des Eigentums, wie sie v.a. in den Punkten 215 bis 220 herausgearbeitet wird: „Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muß ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluß auf der anderen Seite geschont wird. (...) Aus sozialetischer Sicht gibt es auch solidarische Pflichten von Vermögenden und die Sozialpflicht des Eigentums.“ („Wort“ 220)

Handeln

Gemeinsame mit anderen Landeskirchen und Diakonischen Werken arbeitet die ELKB an einem „Kirchlichen Reichtums- und Armutsbericht“ für Deutschland. Ein zentrales Thema ist dabei die Analyse des Zusammenhanges von öffentlicher Armut und privatem Reichtum. Dieser Bericht soll bewusst ein Korrektiv setzen zu den offiziellen Armutsberichten der Bundesregierung, die zwar aufschlussreiches Datenmaterial bieten, die Armutsbekämpfung aber fast ausschließlich als Thema der Sozialpolitik versteht, nicht aber als Thema der Wirtschafts- oder Finanzpolitik. Die ELKB sollte mit den anderen EKD-Mitgliedskirchen bei den politisch Verantwortlichen darauf drängen, dass auch von öffentlicher Seite neben dem regelmäßigen Armutsbericht ein Reichtumsbericht vorgelegt wird, mit tiefer gehenden Ursachenanalysen als bisher.

Die ELKB sollte bei den Treffen mit Unternehmern das Thema „Sozialpflicht des Eigentums“ (wie es auch im GG Art. 14 festgeschrieben ist) beständig und fachkundig in die Diskussion bringen. Es ist die Aufgabe der Kirchen, in der Öffentlichkeit beständig den Vorrang der Grundwerte vor unternehmerischen Interessen zu betonen. Die Erfahrung zeigt, dass die Gesprächspartnerinnen und –partner aus der Wirtschaft diese Diskussion sehr ernst nehmen und sich auf die Bedeutung ethischer Werte bei ökonomischen Entscheidungsprozessen ansprechen lassen.

Diese Diskussion muss in der Kirche aber auch nach innen geführt werden: Was bedeutet die Sozialpflicht des Eigentums in einer immer noch vergleichsweise wohlhabenden Kirche wie der ELKB? Denkbar ist eine Diskussion über Möglichkeiten des Solidarausgleichs zwischen reichen und armen Gemeinden, über einen veränderten Stil in Finanzdiskussionen usw.

2.3 Soesterberg-Frage 3

Wie gehen unsere Kirchen mit ihrem eigenen Geld um, mit ihren Pensionskassen, Investitionen und Immobilienbesitz? Sind Banken, mit denen unsere Kirchen verbunden sind, verwickelt in Steuerflucht, in ethisch nicht verantwortbare Investitionen, spekulative Praktiken sowie andere Aktivitäten, die die Fähigkeit von Staaten untergraben, für das Gemeinwohl zu sorgen?

Sehen

Die ELKB hat Rücklagen zum Zweck von Pensionszahlungen und Überbrückung von schwierigen Zeiten. Sie besitzt Häuser und Grundstücke für die kirchliche Arbeit und eine Pfründestiftung, aus der ein kleiner Teil der Pfarrergehälter bezahlt wird. Sie tätigt nach Auskunft der Finanzabteilung selbst keine Anlagen, sondern sie bedient sich dazu professioneller Banken. Diesen werden Ziele und Anlagerahmen vorgegeben. Dabei wird neben Risiken und Erträgen auch die Nachhaltigkeit der Anlage gefordert. Unternehmen und Staaten werden grundsätzlich unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten geprüft.

Es ist klar, dass jede und jeder, die über das Bankensystem Gelder anlegen, dabei in Verbindung mit ethisch nicht verantwortbaren Geldgeschäften kommen kann, auch ohne das zu wissen und zu wollen. Wir wollen uns der Verantwortung dafür nicht entziehen, können aber das Geflecht der Finanzmärkte auch nicht immer durchschauen.

Urteilen

Die Kirchenverfassung der ELKB sagt, dass Vermögen gewissenhaft, pfleglich und wirtschaftlich verwaltet werden muss. Das heißt zunächst einmal, dass Gelder, vor allem wenn sie für Altersversorgung und Sicherung von Personalkosten zurückgelegt wurden, sicher und ertragreich angelegt werden müssen. Wir sind uns aber bewusst, dass die Begriffe der Kirchenverfassung, wenn wir sie im Sinne christlicher Haushalterschaft verstehen, die Verpflichtung zur Anlage nach sozialen, friedensethischen und ökologischen Kriterien enthalten. Denn „pfleglich“ heißt auch „ökologisch nachhaltig“, „gewissenhaft“ bezieht sich auch auf das „soziale Gewissen“, und „wirtschaftlich“ bezieht sich auf eine Wirtschaft im Dienste des Lebens, nicht nur des Geldes. Auch unser kirchliches Finanzreferat bekennt sich zu dem Satz aus dem Gemeinsamen Wort der Kirchen von 1997: „Die Kirchen treten dafür ein, dass Solidarität und Gerechtigkeit als entscheidende Maßstäbe einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik allgemeine Geltung erhalten“.

Handeln

Bei den Kriterien für ihre Geldanlagen arbeitet unsere Kirche mit zwei Anbietern von nachhaltigen Auswahlssystemen zusammen, die konkret die drei Gesichtspunkte ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit einer detaillierten Nutzwertanalyse unterwerfen. Dabei werden je-

weils die hiernach „besten“ Unternehmen ausgewählt, aber auch andere Unternehmen generell ausgeschlossen, wie z.B. Firmen, die pränatale Embryonenforschung oder Rüstungsproduktion betreiben. Die Erfahrung dabei ist, dass sich nachhaltige Unternehmensführung und verlässliche staatliche Rahmenbedingungen auch wirtschaftlich in einer nachhaltig positiven Entwicklung der Anlagen niederschlagen. Wirtschaftliche Anlage und ethische Kriterien sind also in diesem Sinne kein Gegensatz. Unsere Kirche selbst hat Ende 2003 zusammen mit einer Bank den Nachhaltigkeitsfonds „Initiative für nachhaltiges Investment in der Kirche“ (INIK) gegründet, an dem sich auch andere kirchlich-diakonische Institutionen beteiligt haben.

Durch die Fachdienste der ELKB wie z.B. den Kirchlichen Entwicklungsdienst, den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, die Diakonie oder das Missionswerk werden Initiativen und gesellschaftliche Kräfte in unserem Land wie bei unseren Partnerkirchen unterstützt, die auf mehr gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen hinwirken, so z.B. die Initiativen „Clean Clothes“ oder „FairToys“.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, weitere Schritte zu tun, um unserer Weltverantwortung gerecht zu werden. Dazu streben wir an

- a) ein Netzwerk zu entwickeln, in dem Kirchen und Banken im Interesse sozial und ökologisch nachhaltiger Anlagepolitik zusammenarbeiten. Aufgabe der Kirchen könnte dabei sein, an der Formulierung von Kriterien mitzuarbeiten, aber auch mit ihrem weltweiten Netzwerk eine Evaluierung weltweit tätiger Unternehmen unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu ermöglichen
- b) mit denjenigen Gliedern unserer Landeskirche, die Verantwortung in weltweit tätigen Unternehmen tragen, verstärkt ins Gespräch einzutreten, und zwar über ihre persönliche Verantwortung als Christinnen und Christen, über die soziale Verantwortung für Arbeitsplätze und Problemregionen unseres Landes und über die weltweite ökologische und soziale Verantwortung
- c) speziell das Gespräch mit Banken zu suchen, die im Zuge der Durchsetzung des Basel II - Abkommens in unserem Land direkt über die Zukunft von Arbeitsplätzen in mittelständischen Betrieben entscheiden

Noch keine Einigkeit besteht darüber, ob die ELKB intensiver mit Organisationen wie transparency international, oikocredit oder attac zusammenarbeiten sollte, die im Bereich internationaler Finanzmärkte profiliert tätig sind. Einzelne Institutionen und Kirchengemeinden in unserer Landeskirche tun dies bereits.

2.4 Soesterberg-Frage 4

Ist unsere Beobachtung korrekt, dass in vielen europäischen Ländern der Staat sich mehr und mehr dem Konzept des freien Marktes unterworfen hat, indem er seine historische Rolle als Wächter des Gemeinwohls und Verteidiger der Schwachen reduziert hat?

Sehen

Es trifft zu, dass sich viele europäische Länder seit einigen Jahren bemühen, den Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen zu reduzieren und die Marktkräfte, d.h. Privatinitiative, Eigenverantwortung und Wettbewerb zu stärken. Bislang öffentlich wahrgenommene Aufgaben wurden privatisiert, staatlich regulierte Märkte liberalisiert, d.h. für den Wettbewerb geöffnet, die Arbeitsmärkte flexibilisiert. Nicht wenige Staaten haben Einschränkungen bei den Sozialleistungen verfügt. Der Gedanke der „Aktivierung“ ist in der Sozialpolitik stärker an die Stelle passiver Alimentierung getreten.

Urteilen

Vor allem Ökonomen haben eine solche Kurskorrektur immer wieder angemahnt. Sie verweisen darauf, dass es bis in die 80er Jahre hinein in nahezu allen europäischen Ländern zu einer zu starken Ausweitung der staatlichen Tätigkeit und der kollektiven Absicherung zu Lasten von Privatinitiative und Eigenverantwortung gekommen sei. Der Staat beanspruche einen zu hohen Teil der Wirtschaftsleistung für seine Zwecke. Die Regulierungsdichte habe laufend zugenommen. Steigende Sozialausgaben gingen zu Lasten von Zukunftsinvestitionen. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sei dadurch mehr und mehr beeinträchtigt worden. Auch Deutschland leide deshalb seit langem an einer unzureichenden Wachstumsdynamik, an sinkender Beschäftigung und steigender Arbeitslosigkeit, verbunden mit bedrohlich zunehmender Staatsverschuldung und erodierenden Sozialfinanzen. Nur durch eine Stärkung marktwirtschaftlicher Mechanismen sowie der unternehmerischen Kräfte in der Gesellschaft werde es gelingen, wirtschaftlich leistungsstark zu bleiben. Es gehe dabei nicht um Deregulierung, Privatisierung, Entstaatlichung um ihrer selbst willen. Vielmehr sollen gezielte Rückzüge des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen den fairen Leistungswettbewerb stärken, die Beschäftigungsperspektiven verbessern, für wirtschaftliche Belebung sorgen. Aus steigender ökonomischer Leistungskraft ließen sich wiederum größere Spielräume zur Verbesserung der Lebenssituation sozial schwächerer Bevölkerungsschichten gewinnen. Weiter schwindende Wettbewerbsfähigkeit, nachlassende Wirtschaftskraft, explodierende Staatsschulden etc. würden umgekehrt, so die Befürchtung, den Weg in vermehrte Armut bedeuten.

Andere teilen diese Sichtweise nicht. Solange steigende Staatsausgaben z.B. über Sozialleistungen wieder dem nationalen Wirtschaftskreislauf zugeführt worden seien, so ihre Analyse, wäre nicht nur der soziale Frieden bestärkt, sondern vielmehr durch die erhöhte Nachfrage weiteres Wirtschaftswachstum geschaffen worden. Erst durch die weltweite Handelsliberalisierung und

zunehmend globale arbeitsteilige Produktionsverfahren gerieten die international vergleichsweise hohen Sozialstandards zu Wettbewerbsnachteilen. Entsprechend unterschiedlich wird der Reformbedarf beurteilt.

Handeln

Für das europäische Gesellschaftsmodell muss nach unserer tiefen Überzeugung auch künftig gelten: Der Mensch steht im Mittelpunkt des politischen Handelns. Ziel der Politik ist es, ihm ein Leben zu ermöglichen, das den Prinzipien der christlichen Soziallehre - Personalität, Subsidiarität und Solidarität - gleichermaßen gerecht wird. Nicht ultraliberale, marktradikale Konzepte, sondern die Leitideen der Sozialen Marktwirtschaft müssen deshalb die ordnungspolitische Grundlage für die Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben. Ansätzen zu einer Vergötzung des Marktes werden wir als Kirche ebenso entgegentreten wie wirtschaftlichen Vermachtungstendenzen oder einer im Hinblick auf Generationengerechtigkeit und Schöpfungsverantwortung unzureichenden Berücksichtigung von Umweltbelangen. Andererseits dürfen Marktmechanismen als die effizientesten Verfahren zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage nicht durch ausgreifende staatliche Interventionen ausgehebelt und / oder in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden.

Soziale Marktwirtschaften wie wir sie befürworten, bauen einerseits auf Eigenverantwortung, Privateigentum, funktionierende Märkte und fairen Wettbewerb, weil sich freiheitlich verfasste Wirtschaftsordnungen als besonders leistungsfähig für die Schaffung von Wohlstand, die Verwirklichung selbst verantworteter Lebensentwürfe und die Verhinderung von Ausbeutung und ökonomischem Machtmissbrauch erwiesen haben. Sie verabsolutieren die Ergebnisse des freien Spiels der Marktkräfte aber nicht, sondern setzen zugleich auf die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch einen angemessenen sozialen Ausgleich. Soziale Gerechtigkeit bedeutet dabei nicht Gleichheit im Ergebnis, die letztlich inhuman und wirtschaftlich unproduktiv ist, sondern vor allem Leistungs- und Chancengerechtigkeit, d.h. Befähigung zur Teilhabe. In der Sozialen Marktwirtschaft versöhnen sich Markteffizienz und Solidarität. Sie schafft einen Rahmen, in dem sich der Einzelne frei entfalten kann und seine Talente gefördert werden, in dem ihm auf der Grundlage von Hilfe zur Selbsthilfe in Notlagen aber zugleich Unterstützung zukommt und er - soweit er sich nicht mehr selbst zu helfen vermag - auf die solidarische Hilfe der Gesellschaft vertrauen kann.

Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, ist es Aufgabe verantwortlichen Regierungshandelns (good governance), das Verhältnis von Markt und Staat immer wieder neu auszutarieren. Das gilt nicht nur für die Nationalstaaten, sondern auch für die Europäische Union, die mit ihrer Richtlinienpolitik zunehmend die europäische Entwicklung bestimmt. Darüber hinaus bedarf die wachsende Globalisierung der Wirtschaft eines globalen Ordnungsrahmens - angefangen bei der Sicherung eines fairen Welthandels, der die Interessen der Entwicklungsländer angemessen berücksichtigt, über die Bekämpfung transnationaler Monopole bis hin zur Festigung der internationalen Finanzarchitektur. Die bestehenden Institutionen sind erste Antwort-

ten auf die globalen Herausforderungen. Die in vielen Ansätzen bereits vorhandene Zusammenarbeit der Völker und Staaten muss aber weiter entwickelt und ausgebaut werden.

Bei uns in Deutschland geht es vorrangig darum, die Soziale Marktwirtschaft zu „revitalisieren“ und an die veränderten Bedingungen zunehmender Internationalisierung, eines beschleunigten Wandels zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft anzupassen. Nur dann hat das einzigartige Modell der Verbindung von wirtschaftlicher Leistungskraft und sozialer Gerechtigkeit weiter Bestand. Gleichzeitig treten wir dafür ein, dass der Sozialen Marktwirtschaft weltweit die Zukunft gehört.

2.5 Soesterberg-Frage 5

Insoweit wir als Kirchen mit unseren Sozial- und Gesundheitsdiensten in vom Wettbewerb bestimmten Märkten eingebunden sind, realisieren wir unsere Fähigkeit, die Marktbedingungen im Interesse des öffentlichen Wohls wie im Interesse unserer Kirchen zu gestalten? Wie antworten wir auf die fortschreitende Privatisierung öffentlicher und sozialer Güter und Dienstleistungen, die für das Leben wesentlich sind wie Wasser, Gesundheitsdienste, Bildung etc.?

Sehen

Die Sozialsysteme sind im Umbruch; auch wenn die genauen Ziele der zumeist parteipolitisch motivierten Reformkonzepte noch nicht klar erkennbar sind, haben doch schon wichtige Weichenstellungen stattgefunden, die mittel- und langfristige Wirkungen zeitigen werden. Eine solche Weichenstellung ist die prinzipielle *Marktorientierung* im Gesundheitswesen, die politisch gewollt und als ökonomisch sinnvoll erachtet wird. Die Entwicklung im Gesundheitswesen weist darauf hin, dass sich Medizin- und Sozialkonzerne bilden werden, die durch ihre marktbeherrschende Stellung auf der einen Seite Standards in Versorgung und Ausbildung setzen werden (wer kontrolliert das? wer zertifiziert das?), auf der anderen Seite werden diese Konzerne durch ihre Abhängigkeit von Kapitalgebern einem steten Effizienz- und Kostendruck ausgesetzt sein. Entsprechende Entwicklungen lassen sich in den USA studieren, wo die Konzerne an der Börse ihr Kapital holen und mit hohen Renditeerwartungen gewinnbringend einsetzen müssen. Mittelfristig ist hier eine Verkehrung der Zweck-Mittel-Relation zu konstatieren: Geld wird nicht mehr eingesetzt, um Menschen zu helfen, sondern die Versorgung von Kranken wird Mittel zum Zweck der Erzielung und Optimierung von Erlösen. Interpoliert man die Entwicklung der Neuen-dettelsauer Diakonie und sieht man sich die Konzentrationsprozesse im Bereich der Krankenhäuser an, dann ist eine ähnliche Entwicklung in Deutschland durchaus vorstellbar.

Neben der Kontrolle solcher Konzerne stellt sich außerdem die Frage nach den Versorgungsrisiken in einem solchermaßen veränderten Gesundheitswesen. Bereits für die letzten Jahre lassen sich Versorgungsrisiken feststellen. Das gilt für die Pflege und Sozialarbeit und ist im Bereich der Akut- und Allgemeinversorgung in den Krankenhäusern durch den bewusst eingesetzten Kostendruck zukünftig wohl auch nicht zu vermeiden: vorzeitige Entlassungen, aktive und passive Selektion von Patienten, Nichtaufnahme, reduzierte Leistungen, Qualitätseinbußen sind zu erwarten bzw. lassen sich schon jetzt konstatieren. Die Entwicklungen in der Hochtechnikmedizin werden die ressourcenallokationsethischen Probleme noch verschärfen: wofür sollen die knappen Ressourcen ausgegeben werden? Hinter der ökonomischen Zuteilungsproblematik steht die Frage von leben und sterben lassen, von menschenwürdigem Sterben und unwürdigen Entsorgungsprozessen.

Die mit dem Kostendruck einhergehenden Qualitätseinbußen, die entweder schon jetzt festgestellt werden oder prognostiziert werden, werfen für kirchlich-diakonische Einrichtungen beson-

dere Probleme auf: Wenn die engen ökonomischen Vorgaben kaum mehr (oder keinen) Raum für das »Mehr der Nächstenliebe« in der Diakonie (oder Caritas) lassen, dann werden diese Einrichtungen ununterscheidbar von anderen privaten, kommunalen Anbietern. Sie verlieren damit aber ihre Glaubwürdigkeit – und das schlägt auf die Kirche insgesamt zurück, die in der Öffentlichkeit ganz stark über ihr diakonisches Engagement wahrgenommen und legitimiert wird. Damit stellt sich in erster Linie für die Diakonie, in zweiter Linie aber für die Kirche insgesamt die Frage nach ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer Identität.

Die Identität der Diakonie wird auch von anderer Seite in Frage gestellt: Im Osten der Bundesrepublik kann vielerorts die AcK-Klausel bei der Einstellung in diakonischen Einrichtungen nicht mehr zur Anwendung kommen, weil entsprechende »christliche«, also einer Kirche, die der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen zugehört, verbundene, Fachkräfte gar nicht zu haben sind. Entvölkerung mancher Landesteile und Migrationsdruck verschärfen diese Situation: Die Diakonie wird in sich nicht konfessionell und nicht einmal religiös homogen bleiben können – ist sie jetzt schon nicht mehr. Das wird verstärkte interkulturelle, interkonfessionelle und interreligiöse Energien und Kompetenzen erfordern. Auf der Ebene der Identität liegen zur Zeit kaum Überlegungen vor, wie mit dieser Situation praktisch umgegangen werden soll und wie sie theologisch zu reflektieren ist.

Die Globalisierung bzw. Ökonomisierung der Diakonie ist *noch* begrenzt, insofern das Gesundheits- und Sozialwesen in Europa *noch* der nationalen Gesetzgebung unterliegt und *noch* nicht für einen globalen Markt geöffnet worden ist. Es dürfte aber eine Frage der Zeit sein, bis dieser Markt geöffnet wird; letztlich zielen die GATS-Verhandlungen ja genau darauf (GATS = General Agreement on Trade in Services). Aber auch schon durch nationale Reformen und die Europäisierung (Erweiterung der EU und Harmonisierung des europäischen Binnenmarktes) ist eine verstärkte Ökonomisierung festzustellen: z.B. Umstrukturierung des Gesundheitswesens zu einem Gesundheitsmarkt, steigende Lohnkonkurrenz im Pflegesektor, Konzentrationsprozesse im Krankenhausbereich (Gefahr der Trustbildung). Die Harmonisierung des Rechts in Europa wird den privilegierten Status von Kirche und Diakonie mittelfristig abbauen. Es ist fraglich, ob Kirche und Diakonie unter den neuen Bedingungen ihren spezifischen Eigenwert werden geltend machen können.

Urteilen

Die Privatisierung der Diakonie geht auf die Privatisierung im sozialen Sektor zurück. Die Grundüberzeugung dafür lautet, dass unser bisheriges Sozialsystem die anstehenden Forderungen nicht mehr tragen kann und deshalb die Lasten auf die Schultern der Einzelnen (mit) verteilt werden müssen. Daran ist zunächst richtig, dass die Kosten im Gesundheits- und Sozialwesen beständig steigen. Z.B. erhöhen teure medizinische Verfahren die Ausgaben, die Personalkosten steigen und damit die Kosten für Heimplätze. Der Soziale Sektor wird im Wesentlichen aus lohnabhängiger Arbeit finanziert, andere Einkommens- und Vermögensarten werden dafür praktisch nicht herangezogen. Im Rahmen der Senkung der Lohnnebenkosten sollen die Arbeitgeber weiter

entlastet werden, was die Last weiter vereinseitigt zuungunsten der lohnabhängig Beschäftigten. Umgekehrt haben Unternehmen die Möglichkeit, trotz großer Gewinne mehr oder weniger steuerfrei in Deutschland zu agieren. Das heißt, sie nehmen die Vorteile eines Sozialsystems wahr (hohe Sicherheit, gute Ausbildung, gute Infrastruktur und ein großer sozialer Frieden) ohne selbst sich an der Sicherung dieses Sozialsystems zu beteiligen. Ulrich Beck spricht in diesem Zusammenhang von der Sozialisierung der Lasten und der Privatisierung der Gewinne. Diese Asymmetrie muss in der gesellschaftlichen Debatte thematisiert und korrigiert werden – nicht als Sozialneiddebatte, sondern als die gesellschaftliche Grundfrage: Welche Gesellschaft wollen wir miteinander und wie wollen wir die gemeinsam finanzieren? Die Kirche sollte in dieser Debatte eine prominente Rolle einnehmen, wenn ihr an der sozialen Kohäsion gelegen ist und sie weiterhin (auch) Stimme der Schwachen sein will. Sie wird das allerdings nur in einem sehr selbstkritischen Gestus tun können, denn als Arbeitgeberin ist sie zum Teil selbst in solche asymmetrischen und ungerechten Prozesse involviert.

Handeln

Die Knappheit der Ressourcen zwingt die Diakonie zu einem effizienterem Management. In mancher Hinsicht ist das durchaus zu begrüßen, da in der zum Teil überbordenden Verwaltungsstruktur und auch in den Handlungsfeldern Ressourcen nicht immer sinnvoll eingesetzt werden. Das gesetzlich verordnete Qualitätsmanagement könnte zu einer neuen Aufmerksamkeit für die ökonomischen Anforderungen führen.

Auf einer weiteren Ebene könnte das Qualitätsmanagement zu einer neuen Aufmerksamkeit für die religiösen und spirituellen Momente in der diakonischen Praxis führen. Ein Beispiel ist die Sterbebegleitung in Krankenhäusern oder in Alten- und Pflegeheimen: hier könnte durch eine entsprechende Hauskultur (Leitbilder, Umgang mit Mitarbeitenden, Gestaltung der gesamten Arbeit) deutlich werden, dass christliches Engagement den betroffenen Menschen etwas bietet, was jenseits der ökonomischen Rationalität liegt. Es wird darauf ankommen, dass Kirche und Diakonie deutlich machen, dass sie ihr ›spirituell mehrwertiges‹ Engagement in dieser Gesellschaft als ein ökonomisch rationales Handeln begreifen, das nicht in erster Linie auf den Bestandsschutz der Organisation setzt, sondern aus dem Vertrauen auf Gott kommt und allen beteiligten Menschen eine Idee davon vermittelt, dass Leben mehr ist als kluges Wirtschaften.

2.6 Soesterberg-Frage 6

Welche Form des Konsums und welchen Lebensstil praktizieren und fördern wir? Wie können wir als Kirchen und individuelle Kirchenglieder das Bewusstsein für den Klimawandel verstärken und für Umweltschutz arbeiten, indem wir z.B. sorgfältiger mit dem Energieverbrauch umgehen in unseren Kirchen, in Wohnhäusern, im Transport etc.?

Sehen

Ein Blick auf die Höhe und Art unseres Energieverbrauchs und die damit verbundenen Kohlendioxidemissionen macht uns deutlich: Dieser Lebensstil kommt nicht für alle Menschen der Erde in Frage. Die negativen Auswirkungen auf die Weltökologie wären unabsehbar, ganz zu schweigen von der Begrenztheit der Ressourcen. Viele Christinnen und Christen sehen hierin eine Herausforderung und denken über Konsequenzen für ihren persönlichen Konsum nach. Dagegen fordern Politik und Wirtschaft den inländischen Konsum zu erhöhen, um die wirtschaftliche Erholung in Deutschland voranzutreiben.

Konsum und Lebensstil stellen auch für die evangelische Jugend Bayerns ein Dilemma dar: „Einerseits treiben wir die wirtschaftliche Globalisierung an, wenn wir zum Beispiel billige modische Kleidung kaufen, die von Arbeiterinnen in Entwicklungsländern für noch weniger Geld produziert wurde. Andererseits leiden wir aber auch unter den Auswirkungen der Globalisierung. Zu erkennen ist dies etwa an den Auswirkungen der gegenwärtigen Sozialreformen, von denen auch Kinder und Jugendliche betroffen sind.“ (Globalisierung ja – aber anders! 2004)

Und in der Abschluss-Botschaft des Jugendforums des Lutherischen Weltbundes 2003 heißt es selbstkritisch: „In vielen Dingen sind wir nicht anders als die meisten Jugendlichen unseres Alters. Wir suchen auch Glück, Spaß und Erfüllung in dem, was wir in der Werbung sehen. Wir werden ebenso durch die Verlockungen von Geld und Besitz verführt. Wir sind auch versucht zu glauben, dass das Leben besser ist, wenn wir einen gut bezahlten Job, teure Kleider und möglichst viel Technologie haben, wie zum Beispiel Computer und Handys.“

Insgesamt nimmt eine wachsende Bevölkerungszahl durchaus die Zusammenhänge wahr zwischen – einerseits – dem eigenen Konsumverhalten und – andererseits – dem Angebot von Produkten, die nach sozialen und ökologischen Standards produziert sind. Die Kirche kann in diesem Zusammenhang beispielhaft auf drei Erfolgsgeschichten verweisen: Fairer Handel, Nürnberger Bündnis Fair Toys und die Entwicklungsgenossenschaft oikocredit. Während der Faire Handel beweist, dass Konsumenten direkt Chancengerechtigkeit in den ärmeren Ländern fördern können, unterstreicht das Nürnberger Bündnis Fair Toys wie durch Druck der Konsumenten und geschickte Advocacy-Arbeit eine ganze Branche zu mehr Sozialverantwortung gebracht werden kann. Mit Oikocredit schließlich bietet die Kirche einen konkreten Weg der „Hilfe zur Selbsthilfe“ durch Kredite an. Und: Alle Projekte erfreuen sich einer wachsenden Akzeptanz.

Die Regensburger Synode der ELKB (1995) verweist auf eine weitere Ebene der Konsum-Diskussion. Sie hebt deutlich hervor, wie gerade ein solidarischer Lebensstil bereichert: Qualität statt Quantität, Freiheit vom Konsumzwang, mehr Solidarität und Zusammengehörigkeit mit anderen. Es müsse die Angst überwunden werden, man könnte durch Bescheidenheit und sparsamen Umgang mit den Gütern des Lebens etwas versäumen. Ziel sei ein von ständig wachsenden Ansprüchen befreites Leben. Lebensfülle und Lebensqualität sei nach Glaubensgrundsätzen der Kirche nicht durch Konsumieren zu erreichen. (Impulse, S. 37)

Urteilen

Ein solidarischer Lebensstil in weltweiter Verantwortung ist ein entscheidendes Thema unseres Glaubens. Dieser Lebensstil hat deshalb immer Priorität vor ökonomischen Interessen. Dies umzusetzen kann zu harten Interessenkonflikten führen. Die aktuellen Entwicklungen haben diesen Konflikt alles andere als entschärft. Unsere Herausforderung basiert auf einem Skandal: Während rein rechnerisch heute niemand zu hungern oder dürsten bräuchte, sterben Menschen und werden Kinder dauerhaft geschädigt, weil ihnen der Zugang zu Lebensmitteln fehlt. Es ist zu fragen, inwieweit wirtschaftliche Strukturen und soziale Verhältnisse dafür verantwortlich zu machen sind und inwieweit wir selbst Teil dieser Strukturen sind.

Handeln

Unser Lebensstil soll und will Ausdruck unserer gelebten Spiritualität sein. Deshalb fragen wir uns selbstkritisch, wo auch unser Leben und unsere Predigt stärker von den Prinzipien des geschwisterlichen Teilens geprägt sein könnte:

- Sind wir uns bewusst, dass unsere Kaufentscheidungen letztlich das Angebot des Marktes bestimmen, wir also mit unserem Geldbeutel Ressourcenschonung und soziale Gerechtigkeit fördern können?
- Welchen Einfluss auf unser Leben und das unserer Kinder geben wir den Befürwortern eines unkritischen Konsumismus wie er uns häufig von Marketingstrategen als glücksverheißend suggeriert wird?
- Lassen wir unser Erspartes „Gutes“ tun, indem wir Investitionen in Umwelt und Entwicklungsfonds höhere Priorität einräumen als anderen Anlagemöglichkeiten?
- Spielt der Gedanke der Bewahrung der Schöpfung Gottes bei der Wahl unserer Verkehrsmittel eine Rolle?
- Nehmen wir unsere kirchlichen Partner weltweit auch in Fragen der Lebensführung als kritisches Gegenüber ausreichend ernst?
- Haben wir uns den Mut zu den kleinen Schritten erhalten, sei es um den Geist des Miteinander in unserer Nachbarschaft zu stärken, sei es um in zivilgesellschaftlichem Engagement einer gerechten Sache die entscheidende „fehlende“ Stimme zu geben?

Katastrophen, von der Natur oder von Menschen verursacht, verunsichern uns fast täglich. Angst vor der Zukunft wäre jedoch die falsche Antwort. Angesichts des Kreuzes braucht niemand in

Resignation zu verharren und den Mut verlieren. Vielmehr können wir im gemeinsamen Engagement die weltweite Gemeinschaft der Gläubigen erleben, wenn wir im Hinblick auf einen solidarischen Lebensstil miteinander Schritte tun: gemeinsam Sehen, gemeinsam Urteilen, gemeinsam Handeln.

2.7 Soesterberg-Frage 7

Wie engagieren wir uns in der öffentlichen Debatte zur Wirtschaftspolitik und mit Institutionen, die neoliberale ökonomische Praktiken fördern und umsetzen? Wie bilden wir Bündnisse mit sozialen Bewegungen, die Regierungen aufrufen, für das Gemeinwohl und für die Wiederherstellung gerechter und nachhaltiger politischer und sozialer Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten zu sorgen?

Sehen

Gemeinsam wurde festgestellt, dass das Bekenntnis der Kirche zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft Grundlage der öffentlichen Debatte zur Wirtschaftspolitik sein muss. Einige waren der Meinung, dass man möglicherweise die Auffassung Luthers zu Eigeninteresse, Gewinn, Wettbewerb versus Gebot der Nächstenliebe im Rahmen eines Bekenntnisses zur sozialen Marktwirtschaft nochmals zu reflektieren habe.

Dabei sind in der Globalisierungsdebatte die Unterschiede historischer und kultureller Entwicklungen von Ländern und ganzen Erdteilen hervorzuheben. Auch IWF und Weltbank haben gelernt, dass viele Maßnahmen zu asymmetrischen Marktentwicklungen in einigen Ländern und dadurch zu schweren Schäden geführt haben. Mit dem Ziel Strukturen einer sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln, bleibt letztlich immer vor allem der Weg dorthin mit Augenmaß und Partnerschaftlichkeit zu gestalten.

Urteilen

Die Frage, warum die evangelische Kirche im gegenwärtig spannenden Diskurs über Wirtschafts- und Unternehmensethik nicht vorkommt, wurde unterschiedlich beantwortet. Die einen sehen Berührungspunkte der Treiber des Diskurses – Wissenschaft und Wirtschaft – mit den christlichen Werten und der Position der Kirchen zur Wirtschaft. Die anderen sehen als Ursache den Mangel der Kirche, die Dilemmasituationen von wirtschaftlichem und christlichem Handeln als existenziell unvermeidbar anzuerkennen.

Gemeinsam war man wiederum der Meinung, dass auch ohne eine geschlossene Sozialethik der evangelischen Kirche eine intensivere Teilnahme an der öffentlichen Debatte der Wirtschaftspolitik nötig ist. Auf dem Feld der Wirtschafts- und Unternehmensethik sollte die Kirche sich einmischen und positionieren.

Einige Teilnehmer sind der Meinung, dass die Kirche sich viel eher in Sachen Wirtschafts- und Unternehmensethik positionieren sollte als in der allgemeinen Debatte aktueller Wirtschaftspolitik. Es ist immer richtig, mehr Gerechtigkeit und christliche Nächstenliebe zu fordern in der Globalisierungsdebatte. Dennoch waren einige der Meinung, dass man mit diesen Forderungen keine Zuhörer und Mitstreiter gewinnt für ein gemeinsames Handeln. Über die Forderung nach Ü-

bernahme individueller Verantwortung oder nach gelebter Solidarität in konkreten Situationen lassen sich in der Globalisierungsdebatte viel mehr Erfolge erzielen.

Einige waren der Meinung, dass im Interesse einer „entideologisierten Debatte“ es für eine Kirche angemessener wäre, den Schwerpunkt der kritischen Auseinandersetzung auf die Partner zu setzen, die sich zwar zur sozialen Marktwirtschaft bekennen, aber im „Alltag“ nachhaltig gegen die Prinzipien verstoßen. Eine ideologische Grundsatzdebatte mit Neo-Liberalen ebenso wie mit „Sozialromantikern“ sollte eine Kirche nicht führen. Dann lieber konkret sich auf der Ebene der Wirtschafts- und Unternehmensethik einmischen mit dem Focus auf der Frage: was heißt das für den Menschen und seine Heils- und Sinnfragen?

Handeln

Konkrete Projekte können im Bereich von Symposien zu Wirtschafts- und Unternehmensethik gefördert werden. Adressiert werden müssen dazu alle Partner der sozialen Marktwirtschaft: Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Medien und die Zivilgesellschaft. Verbündete unter den dt. Wirtschafts- und Unternehmensethikern müssen gesucht werden.

Das Verhalten von deutschen Unternehmen, die sich dem UNO-Programm „Global Compact“ unterworfen haben bezogen auf ihr Investitionsverhalten in Brasilien wäre z.B. ein weiteres konkretes Projekt. Kooperationen mit anderen NGOs und deren Aktionen in Tansania und Papua-Neuguinea sind sicher effizienter als viele kleine eigene Projekte.

Haupt- und Ehrenamtliche werden für die oben erwähnten Projekte gewonnen, Sponsoren für jedes einzelne Projekt. Eine offensive Kommunikation zum Fortschritt der Projekte erhöht Aufmerksamkeit und Glaubwürdigkeit der Kirche in Sachen Wirtschaftspolitik und Globalisierung.

3. Selbstverpflichtungen

Die „Regensburger Erklärung“ der Landessynode von 1995 hatte bereits weit reichende Konkretionen benannt, die sich aus der Partnerschaftsarbeit der ELKB und ihrem Engagement im „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ergaben. Im Kontext der aktuellen Globalisierungsdebatte wird an dieser Erklärung erinnert. Die folgende Selbstverpflichtungen greifen noch einmal besonders die Anliegen des Soesterberg-Briefes auf.

3.1 Ökumenische Partnerschaften

Als Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern stehen wir in langjährigen ökumenischen Beziehungen zu Partnerkirchen in Afrika und Asien, Nord-, Mittel- und Südamerika, Ost- und Westeuropa. Sie alle sind, wenn auch in unterschiedlicher Weise, von den Folgen des globalisierten Wirtschaftens betroffen.

Da wir mit unseren Partnerinnen und Partnern in der weltweiten Solidarität der einen Kirche Jesu Christi stehen (communio), treten wir dafür ein,

- uns regelmäßig mit ihnen über die Auswirkungen der Globalisierung in unseren Ländern auszutauschen, uns wechselseitig anzufragen und gemeinsames Handeln zu vereinbaren,
- gemeinsam theologisch an den Fragen und Herausforderungen zu arbeiten, die sich damit im Blick auf unser Glauben- und Kirchenverständnis stellen,
- ihren Erfahrungen bei uns Gehör zu verschaffen durch Einladungen, Veröffentlichungen und Lobbyarbeit,
- uns für die Streichung nicht tragfähiger Schulden betroffener Länder gegenüber unserer Regierung einzusetzen,
- Studien zu einzelnen Partnerländern und Themen anzuregen und zu fördern,
- Menschenrechts-Aktivitäten zu unterstützen,
- Programme und Projekte in unseren Kirchen zu fördern, die Menschen befähigen, aktiv für Menschenrechte, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten,
- den technologischen Austausch und den Austausch von Fachkräften zwischen unserer Kirche und den Partnerkirchen zu fördern,
- alle Formen des Menschenhandels öffentlich zu ächten und gemeinsam mit den ökumenischen Partnerkirchen durch Programme und Initiativen Präventionsarbeit zu leisten und den Opfern beizustehen,
- Kampagnen zur Welthandelsorganisation (WTO) mitzutragen, die gerechtere Wirtschaftsstrukturen weltweit einfordern.

3.2 Weltweite Mitverantwortung von Unternehmen: UN Global Compact

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat im Jahr 2000 als Teil der Strategie zur Erreichung der Millenniumsziele (v.a. Halbierung der weltweiten Armut bis 2015) unter der

Überschrift „Global Compact“ eine Initiative ins Leben gerufen, die weltweit tätige Unternehmen dazu motivieren will, in ihren Aktivitäten verstärkt Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Verantwortung und des Schutzes der Menschenrechte zu berücksichtigen. Das globale Kräfteverhältnis zwischen Politik, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft hat sich verändert. Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle in diesen neuen globalen Partnerschaften. Einige deutsche Unternehmen sind diesem Pakt bereits beigetreten. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern begrüßt diese Initiative der Vereinten Nationen.

Wir verpflichten uns,

- im Dialog mit der Industrie und Politik die Verantwortlichen auf die Kriterien des UN Global Compact anzusprechen,
- dass lokale Ansatzpunkte des Dialogs zwischen Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft wahrgenommen und ausgebaut werden,
- darauf hinzuweisen, dass solche freiwilligen Selbstverpflichtungen bei sehr unterschiedlichem Engagement der beteiligten Firmen nicht international verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen ersetzen können.

3.3 Kirche und Diakonie als Arbeitgeberin

Diakonie ist Lebens- und Wesensäußerung der Kirche. Die täglichen Zeichen von Barmherzigkeit und die vielen Hilfen im Alltag in kleinen und großen Initiativen werden ergänzt von professionellen Diensten in den Diakonischen Werken und Einrichtungen. Dabei steht der Mensch als Subjekt im Vordergrund. So ist die Würde eines jeden Menschen von Geburt bis zum Tod zu wahren und zu schützen. Darum werden alle professionellen Dienste immer auch durch sozialpolitische Interessenvertretung gegenüber Kommunen, Land und Bund ergänzt.

Wir wissen, dass viele diakonische Einrichtungen unter hohem Kosten- und Wettbewerbsdruck stehen. Wenn ihre Arbeit in Zukunft noch weiter eingeschränkt wird oder sogar eingestellt werden muss, belastet dies den sozialen Frieden in unserem Land. Deswegen setzen wir uns für die Stärkung und Erhaltung dieser Arbeit ein.

Wir verpflichten uns, auch weiterhin

- Menschen im Sinne Jesu ohne Ansehen der Person zu helfen, sie in ihrer Würde zu achten und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen,
- Projekte zu fördern, die sowohl das christliche Profil als auch die Wettbewerbsfähigkeit diakonischer Einrichtungen stärken,
- die Anwaltschaft für die schwächsten Glieder in unserer Gesellschaft zu übernehmen und sie in der politischen und gesellschaftlichen Lobbyarbeit zu vertreten,
- den Einsatz für entwicklungspolitische Arbeit zu verstärken, damit die Ursachen von Armut, Kriegen und Flucht dort bekämpft werden können, wo die betroffenen Menschen leben.

3.4 Umgang mit kirchlichen Finanzmitteln

Da wir als Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern den verantwortlichen Umgang mit Geld als Teil unserer Ethik begreifen, bekräftigen wir, dass wir bei unseren Geldanlagen auf ethische Kriterien achten. Deshalb begrüßen wir das Engagement unserer Landeskirche im „INIK“-Fonds, einem Investment-Fonds, der nach ökonomischen, ökologischen und sozialetischen Kriterien zusammengestellt ist.

Wir setzen uns dafür ein,

- dass die ökumenische Verpflichtung des Teilens dessen, was wir haben, weiterhin auf den Tagesordnungen unserer Synoden und Kirchenvorstände bleibt,
- dass beim Umgang mit kirchlichen Finanzmitteln auf allen Ebenen ethische Kriterien Anwendung finden und der begonnene Prozess der Anlage kirchlicher Mittel in nachhaltiges Investment fortgesetzt wird.

3.5 Bürgerschaftliches Engagement

Die wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung bedeutet auch eine weltweite Herausforderung für die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen. Als Kirche treten wir für eine systematische Stärkung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ein. Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, heißt es im Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Die Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen damit eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens.

Die Durchsetzung der Menschenrechte und die Bewahrung der Schöpfung sind ohne ein persönliches bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar. Als Kunden haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, fair gehandelte Produkte anderen vorzuziehen. Durch die Verleihung von Siegeln wie Transfair, Flower Label oder RUGMARK und Arbeit plus werden entsprechende Firmen und Produkte gewürdigt. Wir rufen alle Ebenen kirchlichen Handels dazu auf, sich um soziale und ökologische Verträglichkeit zu bemühen und die entsprechenden Siegel zu beachten, die über Verträglichkeit Auskunft geben (Blumen, Papier, Reinigungsmittel usw.). Durch öffentliche Kritik an Unternehmen wird öffentlicher Druck aufgebaut und ausgeübt.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern unterstützt in diesem Sinn alle Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die sich für ökologische und soziale Mindeststandards bei der Produktion von Waren einsetzen.

- Bei kirchlichen Veranstaltungen sollen fair gehandelte Produkte konsumiert werden (Kaffee, Tee, Wein, Saft usw.). In der Kirche ist das Festhalten an Produkten des *Fairen Handels* ein Zeichen der Verbundenheit mit unseren Schwestern und Brüdern in anderen Teilen der Welt.
- Wir bitten unsere Gemeindeglieder als Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf auf fair gehandelte Waren zurückzugreifen und Sozialstandards in der Produktion zu berücksichtigen.
- Wir treten dafür ein, bei allen Geldanlagen auf nachhaltige Kriterien zu achten.
- Wir fordern auf, dem zunehmenden Verbrauch von Rohstoffen und nicht erneuerbarer Energie durch umweltbewusste Entscheidungen bei Privat- und Dienstreisen, Bau- und Renovierungsvorhaben entgegenzuwirken.

Anhang

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Globalisierung

- Dr. Jürgen Bergmann (Kirchlicher Entwicklungsdienst Bayern)
- Gabriele Bruhns (Amt für evangelische Jugendarbeit)
- Dr. Caspar von Hauenschild (Institut Theologie, Technik und Naturwissenschaft)
- Dr. Barbara Hepp (Büro des Landesbischofs)
- Dr. Jürgen Hofmann (Bayerisches Wirtschaftsministerium)
- Dr. Hans-Gerhard Koch (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt)
- Dr. Arne Manzeschke (Universität Bayreuth)
- Thomas Prieto Peral (Landeskirchenamt Ökumenereferat)